

LEITARTIKEL

Die strenge Frau Schwarzer

Alice Schwarzer füllt viele Rollen aus: Kämpferin, Autorin, Frauenrechtlerin, Ewiggestrige, Nervensäge der Nation. Deutschlands bekannteste Feministin ist gestern 70 Jahre alt geworden – für viele eine Art Feiertag im Sinne der Gleichberechtigung.

Seit fast fünf Jahrzehnten



Andre Dolle zum 70. Geburtstag von Alice Schwarzer

kämpft Schwarzer an vorderster Front für die Gleichberechtigung der Frauen. Sie ist mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet worden, darunter 2005 mit dem Bundesverdienstkreuz. Ihre Lebensleistung ist unbestritten. Die Chefredakteurin der feministischen Zeitschrift „Emma“ hat Deutschland durch ihren unermüdlichen Kampf für die Sache der Frau geprägt. Dieses Land wäre ohne ihr Engagement gesellschaftlich ein anderes Land, als es heute ist.

Vielen ist an Alice Schwarzers Geburtstag aber nicht nach Feiern zumute. Es gibt eben auch das andere, wenig schmeichelhafte Bild

der Feministin: Schwarzer als autoritäre Figur, besserwisserisch, machtbessenen – ein weiblicher Macho. Was die Frauenrechtlerin aber ins Mark getroffen hat, ist ein Vorwurf, der immer lauter wird: Schwarzer ist nicht mehr zeitgemäß. Die Liste der zahlreichen Kritiker umfasst von Familienministerin Kristina Schröder (CDU) bis zur jungen feministischen Szene ein breites Spektrum.

Seit 50 Jahren ist die intellektuelle Heimat von Alice Schwarzer der Feminismus. Heute gilt es als gesetzt, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind. Alice Schwarzer hingegen ist immer noch den Denkmustern verfangen, die sie schon zu Zeiten der 68er entwickelte.

Heutige Frauenrechtlerinnen gehen nicht auf die Straße, das böse Patriarchat an sich gibt es nicht mehr. Es sind eher Rollenklischees und subtile Hindernisse, die sich Frauen in den Weg stellen. Es sind also die Strukturen, nicht die Gesetze, gegen die junge Feministinnen kämpfen. Alice Schwarzer aber sträubt sich, diesen Wandel anzuerkennen.

Weniger Furor, weniger Besserwisseri, mehr Dialog, mehr Debatte, das würde der großen Frauenrechtlerin gut tun. Da bricht ihr kein Zacken aus der Feministinnen-Krone.

KOMMENTAR

Diplomatische Kopfwäsche

Dass Israel die Aufnahme der Palästinenser in den Beobachterstatus der UN nicht umkommentiert lassen würde, war erwartet worden. Dass den scharfen Worten von Premier Benjamin Netanjahu



Dirk Breyvogel zum Ärger über Israels Siedlungspolitik

allerdings der Bau von 3000 neuen Wohnungen im Westjordanland und Ost-Jerusalem folgen soll, hat selbst diejenigen erschüttert, die sich bei der Abstimmung noch diplomatisch enthalten hatten. Und die Ankündigungen haben die politischen Spannungen in Nahost sprichwörtlich zementiert.

Die Reaktionen auf Israels Pläne sind eindeutig. Großbritannien, Frankreich, Spanien und Schweden bestellten die jeweiligen Botschafter ein – ein Zeichen größter diplomatischer Unzufriedenheit. Und Deutschland? In Berlin verkündete der Regierungssprecher den Unmut der Kanzlerin. Von „negativer Botschaft“ war die Rede und davon, dass Netanjahu „das Vertrauen in seine Verhandlungsbereitschaft“ untergrabe.

Merkels Aussagen zur deutschen Staatsräson vor der Knesset 2008 sind in diesen Tagen präsent denn je. Israels Sicherheit sei für sie niemals verhandelbar, sagte Merkel damals. Heute, vier Jahre später, muss sich dieser Satz beweisen. Echte Freundschaften zeichnen sich dadurch aus, sich alles sagen zu können – auch wenn es schmerzt. Am Mittwoch kommt Netanjahu nach Berlin. Nur Mut, Frau Bundeskanzlerin.

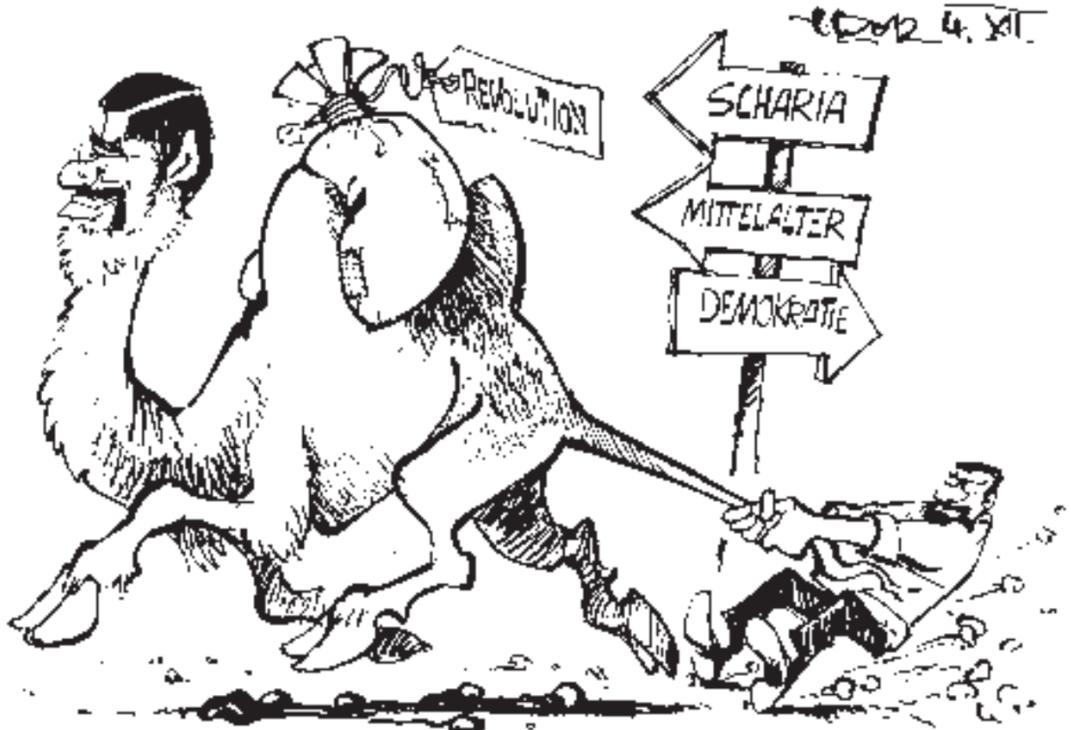
Ihre Reaktion bitte an die E-Mail-Adresse: redaktion.politik@bzv.de

ZITAT DES TAGES



„Wir sollten mehr darüber nachdenken, wie wir im Hochstift Paderborn von 50 auf 70 Prozent kommen, als darüber, wie wir in Prenzlauer Berg von 4,2 Prozent auf 5,2 Prozent kommen.“

Junger-Union-Chef Philipp Mißfelder zur CDU-Strategie



Ägyptische Reise

Karikatur: Haitzinger

PRO & CONTRA

Muss es einen Schuldenschnitt der öffentlichen Gläubiger für Griechenland geben?

Während die Linke glaubt, dass nur ein Erlass von Schulden dem griechischen Volk hilft, ist die Union dagegen. Das würde für Deutschland teuer werden, sagt sie.

Ja!

„Eine Schuldenreduktion ist heute nötiger denn je.“



Sahra Wagenknecht ist stellvertretende Vorsitzende der Linken-Bundestagsfraktion

Erstens: Bereits vor zweieinhalb Jahren hätte es einen harten Schuldenschnitt für das überschuldete Griechenland geben müssen. Stattdessen wurden die Kredite der Banken und Hedgefonds mit öffentlichen Geldern bedient – eine politische Konkursverschleppung, für welche die Bundesregierung verantwortlich ist. So haften immer mehr die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Insgesamt wurden bisher 150 Milliarden Euro an sogenannten Kredithilfen ausgezahlt. Davon flossen 130 Milliarden Euro durch Tilgungen und Zinszahlungen direkt in die Taschen der privaten Gläubiger. Unter Berücksichtigung der Gelder für die Rekapitalisierungen der griechischen Banken, ist von den 150 Milliarden kein Cent der griechischen Bevölkerung zugutegekommen. Dazu kommt, dass durch das verantwortungslose Diktat des sozialen

Kahlschlags bereits ein Fünftel der griechischen Wirtschaftskraft vernichtet wurde. Damit sinken auch die Steuereinnahmen und die Schuldentragfähigkeit wird noch weiter untergraben.

Zweitens: Eine Schuldenreduktion ist heute nötiger denn je. Seit dem Beginn der sogenannten Griechenlandhilfen ist die Schuldenquote des Landes von 130 auf 180 Prozent der Wirtschaftsleistung gestiegen. Aber durch die Bankenrettungspolitik haften inzwischen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für 80 Prozent der griechischen Schulden. Trotzdem hat die Bundesregierung mit den Stimmen von SPD und Grünen letzten Freitag beschlossen, den Banken und Hedgefonds noch einmal Anleihen für 10 Milliarden Euro abzukaufen. Dank dieses Rückkaufprogramms können Hedge Fonds, die im Sommer spekulativ griechische Anleihen gekauft haben, jetzt Traumrenditen von 42 Prozent einstreichen. Das ist eine einzige Veruntreuung von Steuergeldern. Um den Schaden für die öffentlichen Kassen stattdessen zu begrenzen, müssen die Banken und Hedgefonds auf den Verzicht ihrer Forderungen gezwungen werden.

Für eine weitere Verringerung der Staatsschulden ist eine europaweite Vermögensabgabe für Milliardäre nötig.

Nein!

„Ein Schuldenschnitt hätte schwere, ökonomische Folgen.“



Norbert Barthle ist haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Ein Schuldenschnitt bei den Forderungen der öffentlichen Gläubiger Griechenlands, also zum Beispiel der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) oder der Europäischen Zentralbank, ist aus gutem Grund nicht Teil der im Bundestag beschlossenen Veränderungen des Hilfsprogramms.

Bei einem Schuldenschnitt könnte Deutschland das Hilfsprogramm in seiner jetzigen Form nicht mehr fortführen. Der Bund überweist nicht unmittelbar Geld an Griechenland, sondern garantiert für Kredite, die die KfW und der befristete Rettungsschirm EFSF gewährt.

Diese Garantie kann der Bund nach deutschem Haushaltsrecht nur übernehmen, wenn es eine weit überwiegende Wahrscheinlichkeit dafür gibt, dass die Kredite auch zurückgezahlt werden. Dies wäre bei einem Schuldenschnitt nicht der Fall, der

Bund dürfte dann keine neuen Garantien übernehmen, das Hilfsprogramm wäre am Ende.

Ein Schuldenschnitt bei öffentlichen Gläubigern wäre zwar für Griechenland ein bequemer Weg, um seine Schuldenlast zu verringern, er hätte aber ökonomisch schwerwiegende Folgen.

Vor allem würde damit der Druck aus dem Reformkessel gelassen, die Reform- und Sparanstrengungen würden sehr wahrscheinlich nachlassen. Auf Dauer kann Griechenland aber nur wieder auf die Beine kommen, wenn es die Konsolidierungspolitik fortsetzt, weitere Strukturmaßnahmen durchführt, seine Wettbewerbsfähigkeit verbessert, sich so das Vertrauen der Finanzmärkte erarbeitet und sich damit dauerhaft wieder selber an den Märkten finanzieren kann. Weiter könnte er andere Krisenstaaten zur Nachahmung veranlassen. Schließlich wäre der Schuldenschnitt für Deutschland sehr teuer.

Stabilität in der Eurozone lässt sich nicht mit dem einen großen Paukenschlag wiederherstellen.

Es sind viele Einzelschritte notwendig, und diesen Weg wird die Koalition konsequent weitergehen.“

PRESSESTIMMEN

Erklärungsbedarf

„Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung“ zu Rüstungsexporten: Wenn es die neue „Merkel-Doktrin“ sein sollte, vermehrt Waffen zu exportieren, um somit die Entsendung deutscher Soldaten in Krisenregionen zu verhindern, sollte sie dies öffentlich erklären. Wie sie auch öffentlich begründen sollte, warum der Export von Panzern und gepanzerten

Fahrzeugen nach Saudi-Arabien oder in andere autoritär regierte Länder im Interesse der deutschen Sicherheit ist. Ein einmal im Jahr vorgelegter Rüstungsexportbericht jedenfalls ist entschieden zu wenig und nährt nur das Misstrauen.

Gewaltmanöver

„Südwest-Presse“ (Ulm) zu Nahost: Das neue Grundgesetz Ägyptens ist

bereits vor seiner Geburtsstunde von Gesetzlosigkeit und Anarchie überschattet. Was zum krönenden Manifest der Selbstbefreiung des Volkes von Hosni Mubaraks Diktatur werden sollte, ist nun beschmiert mit Gewaltmanövern und politischen Intrigen sowie einem fundamentalen Unwillen zu Kompromiss, Kooperation und Beteiligung der ganzen Bevölkerung. Ausgerechnet die neue Verfassung spaltet Ägypten. dpa

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG SALZGITTER ZEITUNG WOLFSBURGER NACHRICHTEN

Geschäftsführung: Harald Wahls

Chefredakteur: Armin Maus

Stellvertretender Chefredakteur: Thomas Roth

Chef vom Dienst/Leser-Redaktion: Heinz-Peter Lohse

Leitende Redakteure in der Chefredaktion:

Politik/Niedersachsen und die Region: Harald Likus Reportage: Katrin Teschner

Koordination Lokalredaktionen: Luitgard Heissenberg Art Director: Erwin Klein

Verantwortliche Redakteure:

Wirtschaft: Andreas Schweiger Kultur: Martin Jasper Online: Dirk Kühn Sport: Hans-Dieter Schlawis

Lokales Braunschweig: Henning Noske Lokales Gifhorn: Marion Stief Lokales Helmstedt: Dr. Michael Strohmann

Lokales Peine: Dr. Kerstin Loehr Lokales Salzgitter: Alexandra Ritter Lokales Wolfenbüttel: Stephanie Memmert

Lokales Wolfsburg: Markus Kater Büro Berlin: Christian Kert Büro Hannover: Dr. Michael Ahlers

Anzeigenleitung: Michael Heuchert (verantwortlich) Vertriebsleitung: Anne Schattner

Verlag und Redaktion: Braunschweiger Zeitungsverlag GmbH & Co. KG,

38130 Braunschweig, Postfach 80 52, Telefon: (05 31) 39 00-0

Druck: Druckzentrum Braunschweig GmbH & Co. KG, 38106 Braunschweig, Mittelweg 6

Amthliches Organ der Niedersächsischen Börse zu Hannover.

Online: www.braunschweiger-zeitung.de www.salzgitter-zeitung.de www.wolfsburger-nachrichten.de

www.gifhorner-rundschau.de www.helmstedter-nachrichten.de www.peiner-nachrichten.de

www.wolfenbuetteler-zeitung.de